

Möglichkeiten sozialistischer Demokratie heute:

Geschlechterdemokratie, Wirtschaftsdemokratie, Arbeitszeitverkürzung als Voraussetzung

Ich möchte mit meinen Überlegungen zu den Möglichkeiten sozialistischer Demokratie heute an zwei Grundlinien von Demokratisierung anknüpfen, die Peter von Oertzen Zeit seines bewussten politischen Lebens sehr am Herzen lagen und deren Vollendung er für Bedingungen einer wirklichen gelebten sozialistischen Demokratie hielt: die Demokratie zwischen den Geschlechtern und die Demokratie in der Wirtschaft, in den Betrieben. So wie seine bahnbrechende Untersuchung über die „Betriebsräte in der Novemberrevolution“ (1963) sein Interesse an letzterer dokumentiert, so bewegte ihn sein Interesse an ersterer zu einem intensiven Studium von Untersuchungen mütterrechtlicher Gesellschaften (u.a. Malinowski) einerseits und geschlechterdemokratischer Gesellschaftsutopien in der Science fiction – Literatur (u.a. LeGuin, Piercy) andererseits. Beiden Interessen lag die Überzeugung zugrunde, dass klassen- und herrschaftsfreie Gesellschaften möglich sind und dass die Voraussetzungen dafür heute besser sind als je zuvor. Diese Überzeugung teile ich, und ich will hier kurz umreißen, inwiefern Geschlechterdemokratie und Wirtschaftsdemokratie heute die wichtigsten Ansatzpunkte auf dem Weg zu einer sozialistischen Demokratie bilden und warum eine radikale Arbeitszeitverkürzung für beides eine unerlässliche Voraussetzung darstellt.

Zunächst zur Geschlechterdemokratie:

Wir haben die bestausgebildete Frauengeneration aller Zeiten. Mehr Mädchen als Jungen machen Abitur, die jungen Frauen haben die besseren Abschlüsse, die Erwerbsbeteiligung der Frauen steigt kontinuierlich an und unterscheidet sich bei den jungen Frauen nicht mehr von der der Männer. Kulturelles Kapital erzeugt, wie Pierre Bourdieu an politischen Beteiligungsprozessen gezeigt hat (Die feinen Unterschiede, 1982, Kapitel 8 Politik und Bildung), vermittelt über die Sach- und v. a. die Statuskompetenz, mit der es einhergeht, einen inhärenten Anwendungs- und Mitsprachedrang. Wer ausgebildet ist, möchte diese Ausbildung auch anwenden, und das wollen die jungen Frauen heute zunehmend tun. Und wer gebildet worden ist und sich eine persönliche Meinung über was auch immer gebildet hat, möchte diese auch zum Besten geben, d. h. mitreden.

Nun werden diese Frauen aber zum größten Teil nach wie vor von den wirklich gut bezahlten Jobs und den wirklich relevanten Entscheidungspositionen fern gehalten: Trotz Frau Merkel als Bundeskanzlerin haben wir in Deutschland einen gender pay gap von 24 % (und liegen damit an 4. letzter Stelle in Europa), nach wie vor gibt es in den Führungsetagen der großen

DAX-Unternehmen nur 2 % Frauen, nach wie vor gibt es viele Positionen und Berufe, die so gut wie frauenfrei sind, und nach wie vor leisten Frauen den weit überwiegenden Teil aller Haus-, Familien- und Pflegearbeit.

Mit dieser Gleichzeitigkeit von hoch entwickelter Sachkompetenz einerseits und Ausschluss von zentralen Einkommens- und Entscheidungspositionen andererseits befinden sich junge Frauen heute strukturell in der von Marx seinerzeit dem Proletariat zugerechneten gesellschaftlichen Position: in der Gesellschaft außerhalb der Gesellschaft. Die Gesellschaft braucht sie, nutzt ihre Arbeitskraft (sogar doppelt: im Betrieb und zu Hause), aber lässt sie nicht im entsprechenden Umfang an Einkommen, Anerkennung und Entscheidungsmacht teilhaben.

Diese quasi-proletarische Situation der Frauen heute trifft auf eine ideologische Verfassung der öffentlichen Meinung, in der alle „ständischen Elemente“ (Marx/Engels) wie z. B. das Geschlecht zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit verdampft sind, und nur noch „Leistung“, definiert v. a. über Qualifikation, zur Rechtfertigung sozialer Unterschiede herangezogen werden darf. Gleichheit, auch von Mann und Frau, außer es gibt relevante Leistungs- bzw. Qualifikationsunterschiede, ist zum „Volksvorurteil“ (Marx), d. h. einer allgemein geteilten Selbstverständlichkeit geworden. Dass Männer, aus welchen Gründen und mithilfe welcher Mechanismen auch immer, besser qualifizierten Frauen vorgezogen werden, lässt sich also heute nicht nur rechtlich, sondern auch politisch und massenmedial nicht mehr als legitim darstellen.

Gleichzeitig passiert genau dies aber massenhaft und Tag für Tag. Die Tag für Tag dadurch täglich neu produzierte Legitimationskrise (Habermas) stellt einen starken Motor für die längst überfällige Herstellung geschlechterdemokratischer Verhältnisse dar. Eine demokratisch-sozialistische Bewegung müsste sich solche allerdings erst einmal ernsthaft auf die Fahnen schreiben, womit sie nur ihren Vorvätern Marx, Engels und Bebel folgen würden, denen zufolge sich im Stand der Entwicklung der Geschlechterverhältnisse der Stand der Entwicklung einer Gesellschaft spiegelt. D. h. so egalitär und demokratisch das Verhältnis der Geschlechter zueinander, so egalitär und demokratisch die Verfassung der Gesellschaft.

Der zweiten Ansatzpunkt einer sozialistischen Demokratie heute bildet die Demokratie im Betrieb. Auch hier haben wir aufgrund des allgemein gewachsenen kulturellen Kapitals, des in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegenen Bildungs- und Qualitätsniveaus, bessere Voraussetzungen als je zuvor, dass die Menschen ihre Dinge selbst in die Hand nehmen, sie nicht nur selbst ausführen, sondern auch selbst regulieren und verwalten. Die von der Arbeitssoziologie konstatierte Tendenz zur „Subjektivierung von Arbeit“ (z.B. Voss 1980, Pongratz/Voss 2003) bezeichnet eine Zunahme von Selbstverantwortung und Selbststeuerung in qualifizierten Arbeitsprozessen, die eine objektive Grundlage für eine demokratische Selbstverwaltung in den Subjekten bildet, unter kapitalistischen Vorzeichen allerdings zum großen

Teil nur zu erhöhter Selbstaussbeutung ohne wirkliche Mit- oder Selbstbestimmung über das Was und Wie der Produktion führt.

Damit sind heute erstmals massenhaft die Voraussetzungen für eine Selbstverwaltung der Betriebe gegeben. Ansätze dazu hat es praktisch in allen industriell entwickelten Regionen Europas gegeben: die Sowjets in Russland 1905 und 1917, die Räte in der deutschen Novemberrevolution 1918/19, die Shop Steward-Bewegung in England, die Arbeiterräte in Italien in den 1920er Jahren, die Kollektivierung der Betriebe in Spanien 1936, Ansätze zur Selbstverwaltung in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei in den 1950er und 60er Jahren, bis hin zur Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien. Was bei all diesen Ansätzen aber nur in wenigen großbetrieblichen und großstädtischen Zentren gegeben war: ein Qualifikationsniveau der Arbeiter und Angestellten, das sie zu effektiver Kontrolle und Selbstverwaltung befähigte, und dessen mangelnde Verbreitung ein Grund dafür war, dass diese Ansätze nicht erfolgreich auf Dauer gestellt werden konnten, ist heute in allen entwickelten Ländern breit vorhanden.

Was Peter von Oertzen in seiner nach wie vor hochaktuellen (und spannend wie ein Krimi zu lesenden) Untersuchung über „Betriebsräte in der Novemberrevolution“ (1963) herausgearbeitet hat, hat immer noch bzw. heute mehr denn je Gültigkeit: Wenn die Basis allen Lebens, die Ökonomie und die Betriebe als der Ort der Produktion der Lebensmittel, nicht demokratisch verfasst sind, leben wir nicht in einer wirklichen Demokratie. Die parlamentarische Demokratie mit ihren ParteienvertreterInnen, die alle paar Jahre gewählt ihre WählerInnen nur ihrem Gewissen verpflichtet repräsentativ vertreten, ist eine halbierte Demokratie. Sie spart den ganzen Bereich der Wirtschaft und des Betriebes aus. Es gibt eine Karikatur, die das sehr treffend bezeichnet: Ein Schild hängt über einem Werkstor mit der Aufschrift „Hier endet der demokratische Sektor der Bundesrepublik Deutschland“.

Aber gerade da, wo die Menschen über wirkliche Kompetenzen verfügen, wo sie die Expertinnen und Experten ihrer Situation sind, an ihrem Arbeitsplatz, in ihrem Betrieb, da können und wollen sie auch wirklich mitbestimmen. Diese Halbierung der Demokratie durch den Parlamentarismus ist auch die Erklärung für den scheinbaren, vordergründigen Widerspruch zwischen wachsenden Partizipationsbedürfnissen einerseits und wachsender Politikverdrossenheit andererseits: Es handelt sich hierbei nicht um Politikverdrossenheit schlechthin, sondern um (manche nennen es Parteienverdrossenheit) den Verdruss, insbesondere junger Leute über eine bestimmte Form von Politik, auf die sie alltäglich praktisch kaum einen Einfluss haben, bei der ihre politische Aktivität in der Abgabe ihrer Stimme alle paar Jahre für eine von mehreren sich substantiell immer weniger voneinander unterscheidenden Parteien erschöpft. Das finden immer mehr Menschen ineffektiv und langweilig, sie können keinen merkbaren Unterschied mehr dabei ausmachen, wen sie wählen bzw. ob sie überhaupt wählen oder nicht wählen.

Würde Ihnen dagegen die Möglichkeit einer direkten Mit- bzw. Selbstbestimmung an den Orten, wo sie sich auskennen: an ihrem Arbeitsplatz, in ihrem Betrieb, auch in ihrem Wohnviertel, gewährt, wäre es mit der Politikverdrossenheit schnell vorbei. Wenn Apathie Resultat von Ohnmacht ist, so gilt auch der Umkehrschluss: wirklicher Einfluss, Ermächtigung, wirkliche Entscheidungsmacht sind Voraussetzung und Grundlage (politischer) Aktivität.

Dass der Wunsch danach in den Betrieben vorhanden ist, zeigt ex negativo ein Phänomen, das in den letzten Jahren, neben dem Phänomen des Burn out, enorm zugenommen hat: die innere Emigration von Beschäftigten. Immer mehr, auch gerade hochqualifizierte, Beschäftigte, ziehen sich angesichts inkompetenter Vorgesetzter, unsinniger Anweisungen und mangelnder Mitsprache – und Mitentscheidungsrechte auf ein absolutes Minimum an Arbeitseinsatz zurück, sind praktisch nur noch physisch im Betrieb anwesend, geistig und emotional aber ganz woanders. Auch in den Umfragen des DGB zu „Guter Arbeit“ wird die fachliche und soziale Inkompetenz von Vorgesetzten immer wieder als zentrale Quelle von Leiden in der Arbeit, von „schlechter Arbeit“ benannt.

Mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich demnächst in einer Beschäftigungskrise mit allein in Deutschland bis zu 1 Million mehr Arbeitslosen niederschlagen wird, haben die herrschenden Wirtschaftseliten offensichtlich gemacht, dass sie zu einer rationalen und effektiven Steuerung der Produktion nicht in der Lage sind, solange diese unter den Prämissen Privateigentum an Produktionsmitteln (statt gesellschaftliches Eigentum), Profitmaximierung bzw. Renditesteigerung als Produktionsziel (statt Bedürfnisbefriedigung) und Konkurrenz als Modus (statt demokratischer Planung) erfolgt. Interessanterweise haben Unternehmen, insbesondere Banken, in denen die Mitbestimmung durch die ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat besonders gewissenhaft und genau durchgeführt worden ist, die Finanzkrise relativ unbeschadet überstanden. Ebenso wissen wir aus Untersuchungen, dass das Insolvenzrisiko, ebenso wie das Risiko entlassen zu werden, bei Unternehmen mit einer funktionierenden betrieblichen Mitbestimmung durch einen Betriebsrat um einiges geringer ist als in Unternehmen ohne Betriebsrat.

In gewisser Weise haben wir z. Z. eine im klassischen Leninschen Sinne revolutionäre Situation: die Herrschenden können nicht mehr mit den bisherigen auf Privateigentum an Produktionsmitteln fußenden hierarchischen Methoden regieren – die Beherrschten wollen sich mit eben diesen hierarchischen Methoden nicht mehr regieren lassen. In dieses Machtvakuum müsste die Linke (aller Spielarten) nicht nur mit der Erklärung der Ursachen dieser Krise, die mit den Mitteln der Marxschen Theorie leicht zu liefern ist, hineinstoßen, sondern darüber hinaus mit der Ausarbeitung einer realistischen Alternative, nämlich der Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Rahmen einer basisdemokratischen Betriebsverfassung als Kernstück einer sozialistischen Demokratie.

Entscheidend ist dabei, dass es sich nicht einfach um Verstaatlichung von Unternehmen, wie z. Z. wieder mancherseits gefordert, handeln kann. Verstaatlichung der Betriebe als die bloße Auswechselung der Herrschaft von Kapitaleignern und ihrer Manager durch die Herrschaft von staatlichen Bürokraten hat sich durch den „Realsozialismus“ und seinen Untergang gründlich diskreditiert. Eine wirkliche Vergesellschaftung der Produktionsmittel wäre eine, wo die ProduzentInnen, in Abstimmung mit den KonsumentInnen bzw. dem Staat als Vertreter des Gemeinwohls, des Interesses der ideellen GesamtkonsumentInnen die Produktion selber organisieren, steuern und verwalten. Karl Korsch, der große marxistische Denker der Rätebewegung, auf den sich auch Peter von Oertzen immer wieder affirmativ bezogen hat, hat hierzu unvermindert aktuelle Vorschläge gemacht, die der Ausarbeitung und Konkretisierung auf heutige Verhältnisse harren (Karl Korsch, Was ist Sozialisierung, Hannover 1919/Frankfurt/M. 1969).

Ansätze dazu gibt es bereits, sei es theoretisch bei Michael Albert mit seiner Idee einer partizipativen Ökonomie (Parecon–Life after Capitalism, London/New York 2003) oder bei Heinz Dieterich (Professor an der Universität von Mexico City und politischer Berater von Hugo Chavez in Venezuela) mit der partizipativen Demokratie als neuem historischen Projekt eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts (Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts – Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus, Berlin 2006); sei es praktisch in der Vielzahl von selbstverwalteten Betrieben, Genossenschaften und Kooperativen, die von Mondragon, einer selbstverwalteten ganzen Industrieregion im Baskenland, bis zu den Landwirtschafts- und Handelsgenossenschaften im indischen Kerala, und von der Genossenschaft der FriseurInnen in Halle bis zu den Landwirtschafts- und Industriekooperativen in Brasilien reichen, die in Brasilien mit Unterstützung des Arbeitsministeriums von WissenschaftlerInnen-Teams der Universitäten (sog. incubadores) beraten und begleitet werden. Welch enormes Interesse an solchen Formen demokratischer, selbstverwalteter Produktion auch in Deutschland existiert, bezeugt, neben der kontinuierlichen Arbeit zu dieser sogenannten solidarischen Ökonomie in Arbeitsgruppen z. B. bei der Loccumer Initiative und bei attac, der Umstand, dass ein 2007 von attac organisierter Kongress zum Thema Solidarische Ökonomie sage und schreibe 1.500 TeilnehmerInnen zu verzeichnen hatte (zur solidarischen Ökonomie als einem konstitutiven Bestandteil einer Alternative zum Kapitalismus, wie wir ihn kennen, s. auch Altvater 2007). Das Interesse ist also vorhanden – wessen es jetzt bedarf, ist die Entwicklung eines schlüssigen, heutigen Verhältnissen angemessenen Konzepts einer selbstverwalteten, rätedemokratischen, partizipativen Ökonomie als alternativer Produktions- und Vergesellschaftungsform, als Kernbestandteil einer sozialistischen Demokratie. An die Stelle der autoritären Kommandowirtschaft, sei es der Kapitaleigner in der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft, sei es der Bürokraten in der zentralistischen Planwirtschaft, müsste eine demokratisch selbstverwaltete Produktion auf Basis einer demokratischen Bedarfser-

mittlung und einer demokratischen Planung treten. Die Voraussetzungen dafür sind mit dem im Durchschnitt hohen Qualifikationsniveau der Arbeitenden einerseits, den Möglichkeiten des Internets andererseits erstmals subjektiv und objektiv vorhanden (was Helmut Krauch 1972 in seinem Buch „Computerdemokratie“ in nuce entwickelt hat: die Nutzung der Computertechnik für demokratische Abstimmungsprozesse, wird heute in Form von e-voting und e-government bereits in größerem Maßstab genutzt und wäre jederzeit flächendeckend für Prozesse demokratischer, partizipativer Bedarfsermittlung, Planung und Entscheidung einsetzbar).

Wirkliche Zugkraft hätte ein solches Konzept einer demokratischen, selbstverwalteten Ökonomie allerdings nur, wenn jene als systematischer Bestandteil einer umfassenden Utopie einer Gesellschaft plausibel gemacht werden könnte, in der Solidarität anstelle von Konkurrenz der wichtigste Wert wäre, und in der Freiheit in einem weiteren Sinne, nämlich als Freiheit nicht nur von Gewalt, sondern auch von Bevormundung und Angst, Realität wäre – Angstfreiheit als Freiheit von der Angst, entlassen zu werden, nicht über die Runden zu kommen, beschämt zu werden, nicht anerkannt und beachtet zu werden; alles Ängste, die konstitutiv mit dem kapitalistischen Privateigentum an Produktionsmitteln und der daraus resultierenden „Freiheit“ der Lohnabhängigen zusammenhängen, ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen, aufgrund ihrer Produktionsmittellosigkeit immer im Ungewissen, ob und wie lange und zu welchen Konditionen sie das noch können. Aber auch als Freiheit zur Selbstentfaltung aller kreativen Potentiale und zur Selbstbestimmung über die jede/n Einzelne/n betreffenden wichtigen Dinge. Oder um mit Brecht und Marx zu sprechen: Eine Gesellschaft, in der der Mensch dem Menschen ein/e HelferIn und die Freiheit jeder/s Einzelnen die Bedingung der Freiheit Aller ist.

Zum Schluss möchte ich nun auf eine notwendige und derzeit gerade ganz tagesaktuelle Voraussetzung dieser beiden sehr weit in die Zukunft greifenden Aspekte sozialistischer Demokratie, der Geschlechterdemokratie und der Wirtschaftsdemokratie, zu sprechen kommen. Es ist dies die radikale Verkürzung der (Erwerbs-)Arbeitszeit. Ganz abgesehen davon, dass Arbeitszeitverkürzung die einzig realistische, ökologisch vertretbare und langfristig wirksame Strategie zum Abbau der sowieso schon hohen (offiziell 3 Millionen, de facto ca. 6 Millionen Arbeitslose in 2008), und demnächst infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder rasant ansteigenden Arbeitslosigkeit ist, ist sie auch die Voraussetzung dafür, dass die ganze Haus-, Familien- und Pflegearbeit, die heute nach wie vor ganz überwiegend von den Frauen erledigt wird (i.d.R. schlecht oder nicht bezahlt und anerkannt) endlich geschlechtergerecht zwischen Männern und Frauen aufgeteilt wird. Ein neues Normalarbeitsverhältnis von maximal 30 Stunden pro Woche („Kurze Vollzeit“, Helmut Spitzley/André Holtrup, 2008), andere gehen sogar von einer „Halbtagsgesellschaft“ (Carsten Stahmer, 2006) aus, wäre die Vor-

aussetzung dafür, dass Männer endlich in relevantem Umfang sich an dieser anderen, der Nicht-Erwerbsarbeit, beteiligen könnten. Nicht unbeträchtliche Gruppen, z. B. viele der jungen Väter, würden das bei der Betreuung und Erziehung kleiner Kinder gerne schon heute in viel größerem Maße tun, scheitern aber an der völlig anachronistischen und volkswirtschaftlich außerordentlich schädlichen deutschen Langzeitarbeitskultur in den Betrieben, der zufolge ein Teilzeitbeschäftigter nicht Karriere machen kann und ein ganzer Mann nur einer ist, der allzeit verfügbar und am Besten noch um zehn Uhr abends im Betrieb ist. Umgekehrt wäre eine kürzere Normalarbeitszeit von ca. 6 Stunden pro Tag erstmals auch für viele Frauen attraktiv und realistisch, die in irgendeiner Weise Betreuungs- und Pfliegewünsche und -pflichten haben, und derzeit in der Regel vor die Alternative gestellt werden: „Langzeitarbeit mit Karrierechance“ oder „Kinder bzw. Pflege mit Minijob oder Teilzeit ohne Karrierechance“. So stellt Arbeitszeitverkürzung und die durch sie ermöglichte doppelte Umverteilung von Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen eine zentrale Voraussetzung für die demokratische Verteilung von Arbeit, Einkommen, Anerkennung und Macht zwischen den Geschlechtern dar (s.a. Nahles, Andrea 2009).

Eine ebenso wichtige Voraussetzung ist Arbeitszeitverkürzung allerdings auch für eine demokratische Selbstverwaltung in den Betrieben und in der Gesellschaft. Demokratie braucht Zeit, und ein Mensch, der inklusive Wegezeiten ca. 10 Stunden pro Tag mit Erwerbsarbeit beschäftigt ist, hat keine Zeit mehr, sich mit Fragen demokratischer Mitbestimmung oder Selbstverwaltung zu beschäftigen. Zeitgleich mit dem Prozess der Wiederverlängerung der Arbeitszeit hat in den letzten Jahren ein gewaltiger Prozess der Verdichtung der Arbeit stattgefunden (die „Poren des Arbeitstags wurden geschlossen“, wie Marx sagt), so dass auch innerhalb des Produktionsprozesses keine ausreichenden Zeit-Räume für Kommunikation und Beratung als Basis einer qualifizierten Mitbestimmung bzw. Selbstverwaltung mehr vorhanden sind (die beängstigende Zunahme von Burn out-Phänomenen ist ein Beleg dafür). Unter solchen Umständen muss demokratische Mitbestimmung Angelegenheit von Berufspolitikern und freigestellten Betriebsräten bleiben, d. h. auf eine kleine, immer den Gefahren der Ver-selbstständigung und des Stellvertreterhandelns ausgesetzte, Minderheit beschränkt bleiben. Wirkliche Selbstverwaltung durch alle jeweils Betroffenen dagegen bedarf einer Verkürzung der Arbeitszeit auf ein Maß, das genug Zeit für die notwendigen Bildungs-, Beratungs- und Entscheidungsprozesse lässt.

Literatur

- Albert, Michael: Parecon–Life after Capitalism, London/New York 2003 (Verso)
deutsch: Parecon–Leben nach dem Kapitalismus, Frankfurt/M. 2006 (Trotzdem)
- Altwater, Elmar: Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen, Münster 2007 (Westfälisches Dampfboot)
- Bebel, August: Die Frau und der Sozialismus, Stuttgart 1919, Berlin 1954 (Dietz)
- Brecht, Bertold: An die Nachgeborenen, in ders.: Gedichte, Frankfurt/M. 1997 (Suhrkamp)
- Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede, Frankfurt/M. 1982 (Suhrkamp)
- DGB, Gute Arbeit, Berlin 2008
- Dieterich, Heinz: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts – Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus, Berlin 2006 (Kai Homilius)
- Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, Berlin 1990 (Dietz)
- Habermas, Jürgen: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973 (Suhrkamp)
- Holtrup, André/Spitzley, Helmut: Kürzer arbeiten – besser für alle. „Kurze Vollzeit“ und „Vollbeschäftigung neuen Typs“. Ökonomische Grundlagen und soziale Chancen, in: Zimpelmann/Endl (2008)
- Korsch, Karl: Was ist Sozialisierung, in Karl Korsch: Schriften zur Sozialisierung, hg. v. Erich Gerlach, Frankfurt/M. 1969 (EVA), S. 15 – 49
- Krauch, Helmut: Computerdemokratie, München 1972 (Goldmann)
- LeGuin, Ursula: Der Planet der Habenichtse; dies.: Winterplanet, beide Wilhelm Heyne Verlag, München 1974
- Malinowski, Bronislaw: Kultur und Freiheit, Wien–Stuttgart 1951 (Humboldt)
- Marx, Karl: Ökonomisch–philosophische Manuskripte, Hamburg 2008 (Meiner)
- Marx, Karl: Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, Berlin (Dietz)
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Das kommunistische Manifest 1848, Stuttgart 1999 (Philipp Reclam jun.)
- Nahles, Andrea: Doppelte Umverteilung von Arbeit als Ausweg, in Arbeitnehmerkammer Bremen (Hg.), Mehr Arbeit – weniger Leben. Auswirkungen von Arbeitszeitverlängerung auf die Lebenswelt, Bremen 2009
- von Oertzen, Peter: Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963 (Droste)
- Piercy, Marge: Die Frau am Abgrund der Zeit, Berlin 2008 (Argument)
- Pongratz, Hans Jürgen/Voss, Günter: Arbeitskraftunternehmer, Berlin 2003 (Sigma)
- Spitzley, Helmut/Holtrup, André: „Kurze Vollzeit“ und „Vollbeschäftigung neuen Typs“. Ökonomische Grundlagen und soziale Chancen, in: Zimpelmann/Endl (2008)
- Stahmer, Carsten mit Axel Schaffer: Konzepte für eine und Skizze einer Halbtagsgesellschaft, in Hartard, S./Schaffer, A./Stahmer, C. (Hg.): Die Halbtagsgesellschaft, Baden Baden, 2006 (Kosmos)
- Steinrücke, Margareta/Zimpelmann, Beate: Einleitung zu Zeit ist Geld (hg. v. Zimpelmann/Endl), 2008
- Voss, Günter: Arbeitssituation und Bewusstsein, Frankfurt/M. 1980 (Campus)
- Zimpelmann, Beate/Endl, Hans L. (Hg.): Zeit ist Geld. Ökonomische, ökologische und soziale Grundlagen von Arbeitszeitverkürzung, Hamburg 2008 (VSA)